

1. **Auftraggeber:** Name: Referat ZT 6 Vergaben
Straße: Platz der Republik 1
Ort: Berlin
PLZ: 11011
Telefon: +49 30-227-33234
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de
Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2013-091-16-ZT530
(bitte stets angeben)
2. a) **Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung
b) **Vertragsart:** Lieferauftrag
3. a) **Art und Umfang der Leistung:** Lieferung eines 3-Rad Elektrogabelstaplers für das Möbellager des Deutschen Bundestages
Vertragsgegenstand ist die Lieferung, Wartung und Instandsetzung während der Dauer der Gewährleistung eines 3-Rad Elektrogabelstaplers. Der 3-Rad Elektrogabelstaplers soll im Inneneinsatz durch eine Person betrieben werden.
- b) **CPV - Nr:**
- c) **Unterteilung in Lose:** nein
(Neben Einzellosen können auch mehrere oder alle Lose angeboten werden)
- d) **Lieferort:** Referat ZT 6, Vergaben
Platz der Republik 1
11011 Berlin
- e) **Lieferfrist:** Beginn: ..
Ende: ..

Bemerkung zur Lieferfrist: maximal 9 Wochen nach Zuschlagserteilung
4. a) **Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber
b) **Frist:** 15.05.2013 00:00:00
c) **Schutzgebühr:** Nein
Empfänger
Kontonummer
BLZ
Geldinstitut
Verwendungszweck
5. a) **Angebotsfrist:** 15.05.2013 12:00:00 Uhr
b) **Anschrift:** siehe Auftraggeber
c) **Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)
6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine Angaben

- 7. Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**
Leistungsbeschreibung und Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).
- 8. Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend
- 9. Mindestbedingungen (Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):**
- a) k.A.
- b)
- c) k.A.
- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks).
 - Erklärung über die Anmeldung in einer Berufsgenossenschaft (Punkt 3.1.2 des Angebotsvordrucks).
 - Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern gilt dies auch für den Unterauftragnehmer.
 - Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
 - Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
 - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.
 - Aussagekräftiger Prospekt inklusive Abbildung und technischer Beschreibung des angebotenen Produktes.
 - Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 100.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.
 - Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.
- 10. Zuschlagsfrist/Bindefrist:** 12.07.2013
- Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.
- 11. Zuschlagskriterien:** siehe Vergabeunterlagen
- 12. Nebenangebote/ Änderungsvorschläge:** nicht zugelassen
- 13. Sonstige Angaben:** Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 08.05.2013 gestellt werden. Die

Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.